

## Interpellation

2087 Grimm, Burgdorf (Grüne)

Weitere Unterschriften: 13

Eingereicht am: 13.06.2007

### **Kohlestrom für Deutschland - umgeht die BKW Energie AG die Energiestrategie des Kantons Bern**

Gemäss Medienberichten vom 5. Juni 2007 strebt die BKW Energie AG an, in Niedersachsen ein Steinkohlekraftwerk zu bauen. Dieses Kraftwerk soll mit einer Leistung von 900 Megawatt ans Netz gehen und Kosten von 1,6 Milliarden Franken verursachen. Die angestrebte Leistung umfasst fast dreimal soviel wie das KKW Mühleberg. Aus ökologischer Sicht ist dieses Projekt in höchstem Mass fragwürdig.

Der Regierungsrat wird deshalb eingeladen folgende Fragen zu beantworten.

1. Welche Strategie verfolgt die BKW Energie AG bei diesem Projekt?
2. Ist der Regierungsrat nicht auch der Ansicht, dass der Bau eines solch gigantischen „Co<sub>2</sub> – Molochs“ die Glaubwürdigkeit des Kantons, der sich grundsätzlich zur grösstmöglichen Vermeidung von Co<sub>2</sub> bekannt hat, in Frage stellen wird?
3. Ist es im Sinn der Regierung, dass die BKW Energie AG ein sehr umweltbelastendes Kraftwerk in Deutschland bauen soll, das weder für die Schweiz noch für den Kanton Bern einen direkten Nutzen bringen wird?
4. Wurde der Kanton, als Mehrheitsaktionär vor der Veröffentlichung der Medienberichte über das Vorhaben informiert?
5. Die BKW Energie AG sucht zur Finanzierung noch Partner. Kann es sein, dass auch der Kanton Bern ein solcher Partner sein könnte?

### **Antwort des Regierungsrates**

#### Einleitende Bemerkungen:

Als privatrechtliche Aktiengesellschaft mit eigener Rechtspersönlichkeit ist die BKW FMB Energie AG (BKW) an der Schweizer SWX Börse kotiert. Sie steht auf dem Energiemarkt mit anderen Marktakteuren im Wettbewerb. Der Kanton Bern ist mit 52.5% Mehrheitsaktionär der BKW. Sie ist eine gemischtwirtschaftliche Unternehmung, die zwar im öffentlichen Interesse tätig ist, jedoch keine öffentliche Aufgabe im Auftrag des Kantons Bern erfüllt und deshalb nicht Teil der Verwaltung des Kantons ist.

Für die Festlegung der Unternehmensstrategie ist der Verwaltungsrat der BKW zuständig. Der Kanton Bern ist mit zwei Regierungsmitgliedern in diesem elfköpfigen Gremium vertreten und hat somit nur beschränkt Einfluss auf die Strategie der Unternehmung. Im Übrigen stehen bei dieser Strategie die unternehmerischen Interessen der BKW im

Vordergrund. Es gilt mithin klar zwischen unternehmensstrategischen Fragestellungen und der kantonalen Energiepolitik zu unterscheiden.

Grundlage der kantonalen Energiepolitik ist die Energiestrategie 2006. Für die BKW als privatrechtliches, von der Verwaltung unabhängiges Unternehmen ist die Energiestrategie 2006 nicht bindend. Zurzeit wird die Eigentümerstrategie des Kantons bezüglich BKW überarbeitet beziehungsweise es wird geprüft, welche Folgerungen aus der Energiestrategie für die Eigentümerstrategie zu ziehen sind.

#### Zu Frage 1:

Wegen der stetig wachsenden Stromnachfrage und des absehbaren Wegfalls von Produktionsstätten und Bezugsmöglichkeiten (KKW Mühleberg und Beznau, langfristige Bezugsverträge mit der Electricité de France [EDF]) ist zu befürchten, dass die BKW – ebenso wie andere schweizerische Energieversorger – mittelfristig die Versorgung der Kunden im Heimmarkt mit den bestehenden Erzeugungskapazitäten nicht mehr zu marktgängigen Bedingungen sicherstellen kann. Ein markanter Ausbau der Produktionsanlagen in den nächsten Jahren ist erforderlich. Dabei strebt die BKW eine breite Abstützung ihres Produktionsportfolios im In- und Ausland an.

Die Strategie der BKW zielt dahin, den Heimmarkt primär mit in der Schweiz erzeugtem Strom zu versorgen. Zusätzlich soll im Ausland **in eigenen Produktionsanlagen** produzierter Strom bei Bedarf zur Versorgung des Heimmarktes herangezogen werden können. Diese Strategie gibt der BKW die erforderliche Unabhängigkeit, um sich im schweizerischen und europäisch liberalisierten Markt behaupten und entfalten zu können. Im Übrigen müssen die Produktionsart und die Herkunft von Elektrizität nachgewiesen werden, was eine entsprechende Transparenz gegenüber den Konsumentinnen und Konsumenten gewährleistet.

Das von der BKW geplante Kohlekraftwerk in Dörpen entspricht diesen unternehmensstrategischen Vorgaben.

#### Zu Frage 2:

Der Regierungsrat teilt die Ansicht des Interpellanten, dass Kohlekraftwerke bezüglich ihres CO<sub>2</sub>-Ausstosses sehr problematisch sind, und steht dem Vorhaben entsprechend kritisch gegenüber. Zudem muss angenommen werden, dass das Kraftwerkprojekt Dörpen in Deutschland auf Widerstand stösst. Im Weiteren trifft es zu, dass das Vorhaben nicht der bernischen Energiestrategie entspricht. Wie bereits ausgeführt, handelt es sich jedoch nicht um ein kantonales Vorhaben, sondern um ein rein unternehmerisches Projekt der BKW.

#### Zu Frage 3:

Wie erwähnt handelt es sich um einen unternehmerischen Entscheid der BKW, der nicht die Haltung des Regierungsrates widerspiegelt.

#### Zu Frage 4:

Der Verwaltungsrat wird laufend über das geplante Vorhaben informiert. Dies entspricht der üblichen Informationspolitik.

#### Zu Frage 5:

Die BKW beabsichtigt, das Kraftwerksprojekt Dörpen zusammen mit Partnern zu realisieren. Als Partner stehen lokale Industrieunternehmen und Stromversorgungsunternehmen im Vordergrund. Der Kanton Bern ist nicht als Partner vorgesehen und es wäre auch nicht die Aufgabe des Kantons, sich an einem solchen Vorhaben zu beteiligen.

**An den Grossen Rat**